

Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten:
 - das Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung vom 18. August 1976, geändert durch Artikel 9 Nr. 1 der Vereinfachungs-Novelle vom 3. Dezember 1976 und durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investi-tionen im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979
 - die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 15. September 1977 in der jetzt gültigen Fassung
 - das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986.

Planzeichenerklärung

Art der baulichen Nutzung

	Mischwohngebiet		Wohngebiet
	Reines Wohngebiet		Mischwohngebiet
	Allgemeines Wohngebiet		Wohngebiet
	Besonderes Wohngebiet		Wohngebiet
	Wohngebiet		Wohngebiet

Maß der baulichen Nutzung

	Geschossflächenzahl	III	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
	Grundflächenzahl		Zahl der Vollgeschosse einwands

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

	offene Bauweise		geschlossene Bauweise
	Einzelhausbauweise		abweichende Bauweise (Gartenhofhäuser)
	Doppelhausbauweise		Steuerung der baulichen Anlagen
	Reihenhausbauweise		Baugrenze
	Reihen- und Doppelhausbauweise		Baugrenze

Verkehrsflächen

	Straßenverkehrsflächen		Einbahnstraße
	Straßenbegrenzungslinie		Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
	Öffentliche Parkfläche		Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
			Fußgängerbereich

Grünflächen

	Öffentliche Grünflächen		Parkanlagen
	Öffentliche Grünflächen		Grünanlagen
	Öffentliche Grünflächen		Grünanlagen
	Öffentliche Grünflächen		Grünanlagen

Sonstige Planzeichen

	Abgrenzung von Flächen		Stellplätze
	Abgrenzung von Flächen		Stellplätze
	Abgrenzung von Flächen		Stellplätze
	Abgrenzung von Flächen		Stellplätze

STADT HILDESHEIM

1. Änderung des Bebauungsplanes IZ 196

Für das Gebiet zwischen Quandlah, Spandauer Weg und Hausberggring

Maßstab 1:500 / Teil A

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 20.01.1986). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den 13.04.1989

Stadtschloss

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgenommen. Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in der Sitzung am 23.11.1989 der Änderung zugestimmt.

Hildesheim, den 23.11.1989

Der Oberstadtdirektor im Auftrage

Für die Aufstellung des Planentwurfs

Hildesheim, den 27.03.1987

Stadtplannungsamt

Hildesheim, den 13.10.1989

Oberbürgermeister

Oberstadtdirektor

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 21.04.1986 beschlossen. Der Aufstellungsbescheid wurde am 21.04.1986 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Darlegung gem. § 2 a (1) BBauG erfolgte vom 21.04.1986 bis 26.04.1986. Gleichzeitig bestand allgemeine Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Bürgerversammlung am 25.06.1986

Hildesheim, den 26.06.1986

Der Oberstadtdirektor im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 (1) BBauG (neueste Fassung) in der Sitzung am 21.04.1986 zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 2 a (1) BBauG beschlossen.

Hildesheim, den 22.04.1986

Der Oberstadtdirektor im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 10.05.1989 bis 09.06.1989 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Die Auslegung ist am 02.05.1989 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.

Hildesheim, den 12.06.1989

Der Oberstadtdirektor im Auftrage

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 26.11.1990

Der Oberstadtdirektor im Auftrage

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 26.11.1990

Der Oberstadtdirektor im Auftrage